

«Umweltprobleme werden von vielen Politikern nicht ernst genommen»

Zu den Agrarinitiativen,
Abstimmung am 13. Juni

Jedes Jahr belasten 2000 Tonnen Pestizide unser Grund- und Trinkwasser. Und jedes Jahr produziert die Schweiz einen Stickstoffüberschuss von 100 000 Tonnen. Die Trinkwasser- und die Pestizidinitiativen wollen eine nachhaltige Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel, sauberes Trinkwasser und den Schutz unserer Gesundheit. Die Messungen des Bundesamtes für Umwelt zeigen, dass die Nitrate im Grundwasser landesweit bei fast 15 Prozent aller Messstellen den Grenzwert überschreiten. In Ackerbaugebieten liegen die Konzentrationen bei mehr als 40 Prozent der Messstellen über dem Grenzwert. Rückstände von Pflanzenschutzmitteln treten landesweit an mehr als der Hälfte der Messstellen im Grundwasser auf, in intensiv ackerbaulich genutzten Gebieten an über 90 Prozent der Messstellen. Vielerorts sind die Trinkwasserquellen zu stark mit Rückständen des wahrscheinlich krebserregenden Pestizids Chlorothalonil belastet. Leider werden diese gravierenden Umweltprobleme von vielen Politikern in Bern nicht ernst genommen. Die Agrarreform 22, die einige Verbesserungen gebracht hätte, wurde auf Druck des Bauernverbandes in die ferne Zukunft verschoben.

Erika Hanhart, Matzingen

Zukunft gestalten

Unser aller Lebensziel ist, ein gesundes Leben zu haben und endlich darüber zu reden, wo wir hinwollen, und nicht nur, wovon wir wegmüssen. Daher müssen die Volksinitiativen «für sauberes Trinkwasser» und «für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» mit Ja beantwortet werden.

Manfred Hertzog, Scherzingen

Teil der Lösung

Es bedrückt mich, dass die Initianten der Trinkwasserinitiative die heimische Landwirtschaft als Hauptschuldige am Resistenzproblem durch den Einsatz von Antibiotika ausmacht. Fakt ist, dass in den vergangenen zehn Jahren die Anwendung von Antibiotika bei Nutztieren um mehr als die Hälfte reduziert wurde. Kühen wird Antibiotika ausnahmslos nur nach Verordnung des Tierarztes verabreicht; die Milch der behandelten Kuh wird separiert und die Behandlung in der Datenbank registriert. Durch Weiterbildungen im Bereich Kuhsignale und dem Einsatz komplementärer Tiermedizin, erkenne ich meist im Vorfeld, wenn sich etwas «anbahnt» und kann dies ohne Antibiotika abwenden. Meine Tiere liegen mir sehr am Herzen – da gehört neben viel Auslauf und einer ausgewogenen Ernährung auch die bestmögliche Versorgung im Krankheitsfall dazu. Antibioti-

ka ist das letzte Mittel. Wir Landwirte sind Teil der Lösung und werden mit alternativen Behandlungsmöglichkeiten, Zuchtoptimierung und bestmöglicher Ausbildung den Einsatz von Antibiotika weiter senken. Sagen auch Sie Nein.

Peter Schlauri, Gossau

An Pranger gestellt

Wir Bauern werden immer mehr als die Klima- und Umweltsünder dargestellt. Sicher ist es so, dass wir Emissionen und schädliche Treibhausgase produzieren. Aber immerhin stellen wir 58 Prozent der Nahrungsmittel für die Schweizer Bevölkerung her und das mit vorbildlichem Tier- und Gewässerschutz. Laut Bundesamt für Umwelt fliessen jährlich 65 Tonnen Industrie- und Haushaltschemikalien, 20 Tonnen künstliche Lebensmittelzusätze, 17 Tonnen Medikamente und lediglich 1 Tonne Pflanzenschutzmittel den Rhein hinunter. Warum wird die Landwirtschaft so an den Pranger gestellt?

Bestimmt haben wir Hausaufgaben zu erledigen, wie auch die übrige Gesellschaft. Letztendlich steht jeder einzelne Konsument in der Pflicht, seinen Beitrag zu leisten. Mir stellt sich die Frage, ob zweimal Ja nicht einfach eine Gewissensberuhigung ist, damit man mit gutem Gewissen in die nächsten Ferien fliegen kann. Sicher darf man als Steuerzahler/Stimmbürger Einfluss auf die Landwirtschaftspolitik nehmen, aber schlussendlich hat das Konsumverhalten den grösseren Einfluss auf die Produktion bzw. auf das saubere Wasser.

Hanspeter und Monika Brändle, Libingen

Bilanz ziehen

Alle farbigen Blumenwiesen sind nach 50 Jahren traditioneller Landwirtschaft verschwunden. Der Artenreichtum und die Anzahl der Insekten sind massiv reduziert. Den Vögeln fehlt die Nahrung und sie werden weniger. Die Artenvielfalt bei den Schmetterlingen kann man an einer Hand abzählen. Das Grundwasser ist stark belastet mit Rückständen von Dünger und Spritzmitteln. Die Kleinlebewesen im Wasser sind weitgehend verschwunden. Den Fischen fehlt die Nahrung, Zahl und Vielfalt der Fische sinkt dramatisch. Konsumenten und Bauern haben gleichermassen ein Interesse an einer intakten Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert. Es wird die Bauern auch nach der Annahme geben. Aber es wird der Natur viel besser gehen, wenn wir wegkommen vom Gigantismus in der Landwirtschaft, vom überhöhten Gift- und Düngereinsatz, von zu grossen Tierbeständen. Die Landwirtschaft mit ihrer Lobbyarbeit hätte genug Zeit gehabt für Anpassungen, wenn ihr die Natur wichtiger wäre als

der eigene Profit. Wir können die Weichen Richtung mehr Natur stellen und uns nicht beirren lassen von der Angstmacherei betreffend Arbeitsplätzen und Preisen.

Christian Egger, St. Gallen

Genug erreicht

Seit mehreren Jahren bewegen die beiden Initiativen uns Bauern und die Politik in Bern. Diese Omnipräsenz hat handfesten Einfluss auf die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen unserer Landwirtschaft. Vorbeugender Einsatz von Antibiotika? Ist umgesetzt und hat zur Halbierung des Einsatzes geführt. Biodiversität? Vernetzungskorridore, Aufwertungen von Blumenwiesen oder Heckenförderungsprogramme haben zu einer Stabilisierung in den landwirtschaftlichen Kulturen und einer signifikanten Verbesserung in den Ökoflächen geführt. Pestizide? Auch hier hat der Einsatz drastisch abgenommen und kritischen Mitteln wird laufend die Bewilligung entzogen. Zu viel Gülle? Die Massnahmen, die das Parlament in den letzten Monaten beschlossen hat, setzt mit den Absenkpfeifen den Rotstift auch in diesem Bereich an. Die beiden Initiativen haben genug erreicht, eine Annahme geht zu weit.

Daniel und Käthi Vetterli-Witzig, Rheinklingen

Eier vom Bauern

Mittels der Trinkwasserinitiative soll in der Verfassung festgeschrieben werden, dass künftig nur noch Landwirte Direktzahlungen erhalten, die das Futter für ihre Tiere auf dem eigenen Hof produzieren. Die Schweiz und ausgeprägt das Appenzellerland ist ein Grasland, das heisst, Klima und Topografie sind ideal für Milchwirtschaft und Mutterkuhhaltung. Hühner jedoch brauchen mehr als Heu und Gras. Wir haben auf unserem Betrieb bis anhin Eier von Hühnern (Bioknospe) direkt vermarktet. Das dafür benötigte Futter wächst bei uns klimabedingt nicht und wird zugekauft. Was passiert bei einer Annahme der Initiative: Wir wären gezwungen die Hühnerhaltung aufzugeben und mit uns viele weitere

Leserbriefe

Das Forum dient der Meinungsäusserung unserer Leserinnen und Leser. Die Beiträge erscheinen in der gedruckten Ausgabe. Für Texte zu Abstimmungen gilt eine Maximallänge von 1200 Zeichen. Die Zuschriften müssen mit Name und Adresse versehen sein. Leserbriefe, die noch in die Auswahl für den Urnengang vom 13. Juni kommen sollen, müssen spätestens Freitag, 4. Juni auf der Redaktion eintreffen. (red) www.tagblatt.ch → Menu → Meinung → Leserbrief schreiben.

Geflügelhalter. Umgekehrt werden sehr grosse tierintensive Geflügelbetriebe auf die Direktzahlungen verzichten und weiter intensivieren, mit den bekannten negativen Folgen. Am 13. Juni haben wir alle die Wahl: Wollen wir, dass weiterhin für alle nach Schweizer Tierschutzstandards produzierte Eier und Poulets erhältlich sind. Oder wollen wir uns nur noch mit Eiern aus Holland und Poulets aus Brasilien oder aus sehr intensiven Geflügelbetrieben ernähren?

Familie Walter Raschle, Schwellbrunn

Angst um Branche

Die Pestizidinitiative fordert ein Import-Verbot von konventionell produzierten Lebensmitteln. Der biokaufende Konsument verspürt bei einem Ja kaum Konsequenzen. Alle anderen würden künftig jedoch die Wahlfreiheit vermissen und die höheren Ausgaben fürs Essen in der Geldtasche spüren. In der ganzen Debatte geht vergessen, dass Betriebe in der Lebensmittelverarbeitung nur noch Bioprodukte verarbeiten dürften. Zusätzlich wären dort die Biozide für die Reinigung und Desinfektion verboten. Die Schoggi- und Kaffeeindustrie wird so in der Schweiz keine Zukunft mehr haben. Damit müssten sie ihre Schweizer Produktion auf Quasi-Bio umstellen oder ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagern. Das Schoggi-land Schweiz ohne Schweizer Schokolade? Nicht auszudenken. Als gelernte Bäckerin-Konditorin habe ich Angst um die Zukunft unserer Branche. Wenn wir nur noch Rohstoffe aus biologischer Herkunft verwenden dürfen, werden die Preise ansteigen. Die Konsumenten werden mehr im Ausland einkaufen. Für mich sind die Initiativen kontraproduktiv.

Selina Walter, Waldkirch

Kein Alarmzeichen?

Die gute Nachricht: Dem Wasser ist es egal, wo wir politisch stehen. Für das Wasser spielt es keine Rolle, ob wir Landwirt oder Konsument sind. Eigentlich sollten wir es wissen: Wasser ist nicht nur «Wasser», sondern die Grundlage allen Lebens. Gesundes Wasser ermöglicht gesundes Leben – für Flora, Fauna. Auch wir bestehen zirka zu 70 Prozent aus Wasser.

Die schlechte Nachricht: Wasser, kontaminiert mit allerlei Giften, ist nicht nur für einige Arten gesundheitsschädlich, sondern für das gesamte Lebenssystem. Es fliesst dorthin, wo es will. Und taucht wieder auf, wo es will. Dabei transportiert es die Gifte an Orte, die wir nicht berücksichtigen. Im Urin von Kindern sind jetzt schon Hormon- und Pestizidrückstände festzustellen. (K)ein Alarmzeichen? Am 13. Juni geht es also nicht um Politik oder Geld, sondern

darum, ob und wie wir das kostbare Lebenselixier «Wasser» verstehen. Ich plädiere dafür, dass die Stimmberechtigten sich vor der Abstimmung einige Minuten in Ruhe mit dem geheimnisvollen Wesen des lebenspendenden Wassers befassen. Unsere Kinder werden dereinst beurteilen, ob wir richtig entschieden haben.

Markus Jenni, Uttwil

Eine Frage der Ethik

Lediglich auf einem Viertel der Fläche der Schweiz werden Nahrungsmittel produziert. Damit können wir 55 Prozent des Inlandbedarfs abdecken. Die Umweltorganisationen kritisieren seit langem, dass wir Schweizer weitere 2,2 Millionen Hektaren Land im Ausland benötigen, um unsere Bedürfnisse zu stillen. Es mutet komisch an, dass die gleichen Umweltorganisationen im Sog der links-grünen Politik die Agrarinitiativen unterstützen. Werden diese angenommen, wird die Inlandproduktion um einen Drittel reduziert. Dies obwohl die Bevölkerung wächst. 300 000 Hektaren zusätzliches Kulturland im Ausland wären nötig, um die Ausfälle zu kompensieren. Die Umweltorganisationen und die Initiativ-Befürworter können die Logik ihres Handelns nicht erklären. Wir vernichten Zehntausende von Arbeitsplätzen und einheimische Wertschöpfung. Wir kaufen aber gleichzeitig auch noch einen Teil der hungernen Weltbevölkerung das Essen weg. Scheinbar spielen die Fragen von Glaubwürdigkeit und Ethik bei den Agrarinitiativen keine Rolle.

Andreas Widmer, Mühli- rüti CVP-Kantonsrat

Zur Regel machen

Synthetische Pestizide werden für die Produktion von Lebensmitteln auf unseren Äckern ausgebracht. Sie gelangen in die Böden, die Nahrung und das Wasser. Sie wirken sich auf alle Lebewesen ungünstig aus, langfristig auch auf Menschen. Sie beeinträchtigen auch nützliche Kleinlebewesen und Pflanzen, die für die Biodiversität wichtig sind. Viele Biobauern in der Schweiz zeigen mit ihrer nachhaltigen Produktion, dass Landwirtschaft ohne synthetische Pestizide schon heute möglich und erfolgreich sein kann. Warum das nicht zur Regel machen? Weil es mehr kostet? Ich bin überzeugt, dass sich die Schweiz eine pestizidfreie Landwirtschaft leisten kann. Wenn alles nachhaltig produziert wird, werden auch die Preise für Bioprodukte sinken. Für Bewirtschaftungsweisen, die der Umwelt und damit unserer Gesundheit schaden, sollen keine Subventionen mehr ausgerichtet werden. Dieses Geld soll in nachhaltige Landwirtschaft investiert werden.

Christine Steiger Eggli, Steckborn

Arbeitsplätze erhalten

Spitalvorlage,
Abstimmung am 13. Juni

Im Kanton muss die Spitallandschaft umgebaut werden. Die Entscheide von 2014 haben sich als Fehler entpuppt. Als die Frage im Raum stand, für welches Spital wir uns in der Region Toggenburg-Fürstentland entscheiden sollen, war ich für Wattwil. Die Entscheide im Kantonsrat waren klar. Wattwil ist von der Spitalliste und die Abstimmung ändert nichts daran. Jetzt muss das Beste für das Toggenburg erreicht werden. Als Gastro-Unternehmer bin ich täglich für 34 Arbeitsplätze verantwortlich, bin stets um deren Erhalt besorgt – besonders in der Pandemie. Es wäre falsch, würde ich mich als Politiker anders verhalten. Die Spitalvorlage sichert den Erhalt von rund 180 Arbeitsplätzen im Toggenburg. Das Unternehmen Solviva AG hat für den Standort Wattwil zudem Investitionen von rund 34 Millionen Franken angekündigt. Die Kombination von 24-Stunden-Notfallversorgung, Psychiatrie, Psychosomatik und spezialisierter Pflege garantiert damit nicht nur eine funktionierende Gesundheitsversorgung, sondern erhält Arbeitsplätze und Wertschöpfung in unserem Tal. Als Gastrounternehmer und Politiker kann ich hinter der Spitalvorlage stehen. Sagen auch Sie Ja zu einer zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung im Toggenburg!

Linus Thalmann, Kirchberg
Gastrounternehmer, Kantonsrat SVP

Gibt es auch einen Plan B?

Auf dem Papier mögen die Spitalstrategie des Kantons St. Gallen und das Kompetenzzentrum für Gesundheit, Notfall und spezialisierte Pflege (GNP) vielversprechend sein. Aber auch bei einem Ja zur Wattwiler Spitalvorlage ist ihr Vorhaben noch nicht realisiert. Die Schlagwörter wie «Notfallversorgung Tag und Nacht, attraktive Arbeitsplätze, Neuinvestitionen» scheinen verlockend zu sein, aber es gibt zu viele offene Fragen. Von der in Aussicht gestellten Investition über 34 Millionen Franken ist noch nichts hier im Toggenburg ausgegeben. Und was passiert, wenn die gewinnorientierte Solviva AG kurzfristig abspringt? Gibt es einen Plan B? Auch ist die Frage zu klären, warum sich einige unserer Volksvertreter so stark für die Solviva AG machen! Ihr wird ja das Grundstück praktisch geschenkt. Und was ist, wenn das GNP nicht erfolgreich arbeitet, wird es dann einfach geschlossen? Ein privater Investor hat kürzere Entscheidungswege als eine dem Volke verpflichtete Behörde. Deshalb «Nein zur Schliessung des öffentlichen Spitals Wattwil».

René Buri, Wattwil